



Jürgen Gansel, MdL

GEZ abschaffen!

Die kürzlich beschlossene Umstellung der gerätebezogenen GEZ-Gebühr auf eine Haushaltspauschale ist zunächst ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings sind die Vorschläge des Heidelberger Professors Paul Kirchhof, die nun umgesetzt werden, sozial unausgewogen und halbherzig. So verdreifachen sich die Kosten für jene, die anstelle eines Fernsehers nur einen internetfähigen Computer haben, von derzeit 5,76 auf 17,98 Euro. Auch die Mehrbelastung der bislang weitgehend GEZ-befreiten Geringverdiener, Hartz-IV-Empfänger und Studenten mit rund 800 Millionen Euro ist zutiefst ungerecht. Warum macht man nicht endlich Nägel mit Köpfen, lichtet den öffentlich-rechtlichen Medien-Dschungel und schlägt der GEZ-Krake die gierigen Fangarme ab?

In Zeiten des zensurfreien Internets ist es angebracht, die Sender ARD und ZDF zu einer einzigen Sendeanstalt zusammenzufassen, einen Großteil der mit den Privaten direkt konkurrierenden Sparten-sender abzuschalten und die Regionalsender auf ein finanziell verträgliches Maß zurechtzustutzen. Durch diese Schlankheitskur könnte man die neue Haushaltsabgabe drastisch reduzieren, nämlich von knapp 18 auf rund sechs Euro – und das bei weiter bestehenden Ausnahmen für soziale Härtefälle. Wer braucht überhaupt noch die GEZ, die jährlich 175 Millionen Euro verschlingt? Einfacher und günstiger wäre es, würde der Rundfunk einen Vertrag mit den Finanzämtern schließen, die dann die Abgabe einfach einziehen. Nichts anderes geschieht ja auch bei der Kirchensteuer, wo der Staat im Auftrag der Kirchen das Geld eintreibt. Keine politische Kraft in Sachsen hat den Mumm, diese logischen Konsequenzen zu fordern – außer der NPD! Wir fühlen uns nämlich nicht den Lobbys in den Rundfunkräten des Quasi-Staatsfunks verpflichtet, sondern dem Volk und seinen finanziellen Interessen.

Daher sagen wir klar und deutlich: Die GEZ gehört abgeschafft, damit das Raubrittertum ein Ende hat!

D-MARK

statt Euro



Gebt uns unser Geld zurück!

30,3 %
„Stimme nicht zu“

18,3 %
„Bin unsicher“

Umfrage: „Ich wünsche mir die D-Mark zurück“

51,4 %

„Stimme zu“

Quelle: Ipsos, April 2010

Unsere gute, alte D-Mark: Über die Hälfte aller Deutschen wünscht sich nach einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Ipsos“ unser hartes Geld zurück, das über Jahrzehnte wie kaum eine andere Währung der Welt für Stabilität stand und den Wohlstand unseres Volkes sicherte.

Gerade jetzt, im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der zunehmenden Schwäche im Euro-Raum, wären ein Ausstieg aus der für Deutschland verhängnisvollen Währungsunion und eine Rückkehr zur Deutschen Mark mehr als angebracht. Stattdessen sollen wir für Griechenland und womöglich auch noch andere marode Mittelmeerstaaten zahlen, bleiben weiter an den dahinschmelzenden Euro gekettet und bürden den kommenden Generationen horrende Schulden auf.

Während die Altparteien jegliche Diskussion um einen Ausstieg aus der Euro-Transferunion zu Lasten Deutschlands abwürgen und

weiterhin treu zur EU-Einheitswährung stehen, ist die NPD-Fraktion die einzige politische Kraft in Sachsen, die klar und deutlich sagt: D-Mark statt Euro – Wir wollen unsere alte Währung wiederhaben!

Dazu hat die NPD einen Antrag ins Parlament eingebracht, der die Sächsische Staatsregierung unter anderem auffordert, sich auf Bundesebene für einen Ausstiegsplan aus der Europäischen Währungsunion einzusetzen.

Denn spätestens mit den Bürgschaften in Milliardenhöhe für die Schulden und Verbindlichkeiten Griechenlands hat die Bundesregierung den verfassungsmäßigen Weg verlassen, handelt bewußt gegen geltendes Recht und fügt dem deutschen Volk

schwersten Schaden zu. Hier muß Sachsen klare Kante zeigen und den Mächtigen in Berlin auf die Finger klopfen.

Mit dieser Ansicht stehen die sächsischen Nationaldemokraten übrigens nicht alleine da. So forderte unlängst der Starökonom Prof. Wilhelm Hankel in einem Beitrag für die „Frankfurter Rundschau“ die Rückkehr zu nationalen Währungen. Dieser Meinung sind auch andere bekannte Euro-Kritiker wie der Verfassungsrechtler Prof. Karl Albrecht Schachtschneider oder

benleistung von Millionen deutscher Sparer nicht durch Inflation zerstört werden darf. Eine solche Inflation ist jedoch unabwendbar, wenn die Europäische Zentralbank dazu gezwungen wird, wertlose Ramschpapiere mediterraner Pleitestaaten aufzukaufen. Wir wollen nicht für den Bilanzbetrug und die Trickserien südeuropäischer Schuldenstaaten bluten.

Daher fordert die NPD-Fraktion die Rückkehr zur D-Mark, die uns als nationale Währung jahrzehntelange Wohlstand und Geldwertstabilität garantierte. Kehren wir nicht zu unserer guten deutschen Währung zurück, werden wir ewig Zahlel in dieser Transferunion bleiben.

„Moderner Sklavenhandel“

Ausbeutung durch Leiharbeit stoppen!

Innerhalb der letzten zwölf Jahre hat sich die Zahl der Leiharbeiter bundesweit von 180.000 auf nunmehr 750.000 vervierfacht, in Sachsen sind mehr als 30.000 Menschen über Zeitarbeitsfirmen beschäftigt. Immer häufiger gehen Firmen also auch bei uns dazu über, festangestellte Arbeitnehmer durch Leiharbeiter zu ersetzen. Dieser schleichende Austausch von tariflich bezahlten, sozial und arbeitsrechtlich voll abgesicherten Arbeitskräften durch unterbezahlte und entrechtete Arbeitsnomaden ist nichts anderes als moderner Sklavenhandel – auch wenn die Staatsregierung den Leuten weismachen will, daß es sich bei dieser Masche um ein „Sprungbrett zurück in die Arbeitswelt“ handelt. Die Realität sieht jedoch anders aus: 70 Prozent aller Zeitarbeiter sind weniger als drei Monate beschäftigt – und 90 Prozent werden eben nicht durch den jeweiligen Kundenbetrieb in

ein festes Arbeitsverhältnis übernommen. Durch das ausufernde Leiharbeitsunwesen bessern die Herrschenden nur ihre Arbeitslosenstatistik auf – und das auf Kosten des Volkes.

Zwar schreiben sowohl das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz als auch die EU-Leiharbeitsrichtlinie den Grundsatz der Gleichbehandlung von Leiharbeitern mit dem Stammpersonal ausdrücklich

vor, doch im Interesse der großen Konzernlobbys wurde eine Ausnahmeklausel in das Gesetz eingebaut, wonach der Grundsatz der gleichen Bezahlung nicht gilt, wenn in Tarifverträgen abweichende Vereinbarungen festgeschrieben wurden. In der Praxis hat diese „Ausnahmeklausel“ drastische Auswirkungen, denn aus der „Ausnahme“ ist die Regel geworden: die große Mehrheit der Leiharbeiter wird

nämlich nach einem solchen Sondertarif bezahlt und nicht gemäß dem Gleichbehandlungsgrundsatz.

Die NPD-Fraktion fordert daher umfassende Maßnahmen, um der Ausbeutung von Leiharbeitern entgegenzuwirken:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – auch bei Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und Zuschlägen für Schicht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit. Ausnahmen durch gesonderte Flächen- oder Haustarifverträge für Zeitarbeit dürfen nicht mehr zulässig sein.
- Wiedereinführung der Begrenzung der Überlassungshöchstdauer und des Synchronisationsverbots. Nach spätestens sechs Monaten muß ein Leiharbeiter in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

- Einführung einer Sondersteuer für Unternehmen, die regelmäßig über längere Zeiträume Leiharbeiter für sich arbeiten lassen, ohne diese in Festanstellung zu übernehmen.
- Aufnahme der Branche der Zeit- und Leiharbeit in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendungsgesetzes. Zuvor ist ein Branchen-Mindestlohn für Leiharbeiter durchzusetzen, der mit dem Branchen-Mindestlohn des angestellten Arbeitnehmers vergleichbar ist. Mittelfristig muß ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden, der Lohndumping überall verhindert.

Unser Ziel ist es, die Menschen in Sachsen wieder in ordentliche Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Lohndrückerei durch Zeitarbeit ist nicht die Lösung unserer Probleme, sie ist selbst das Problem.



Baustelle Arbeitsmarkt: Leiharbeit ist keine Lösung. Die NPD-Fraktion fordert vollwertige Arbeitsplätze für alle Sachsen!

Ach, du Schreck...

Wie zetern sie immer, die Etablierten, wenn die NPD-Fraktion auf polnische Autodiebe hinweist. Nun ist einer der Politbonzen selbst Opfer der „offenen Grenzen“ geworden, nämlich Bundesinnenminister Thomas de Maizière. Seinen Audi A4 ließ ein Langfinger in der Dresdner Neustadt mitgehen. Wenig später tauchte er zwischen Bautzen und Görlitz wieder auf. Am Steuer ein Pole, der mit dem gestohlenen Fahrzeug Richtung Grenze fuhr. Andreas Storr (NPD) kommentiert den Fall: „Daß dem Autodieb mit seiner Beute nicht die Flucht nach Polen gelang, liegt wohl nur an dem hohen Fahndungsdruck, der bei der Polizei entstand, als bekannt wurde, daß ausgerechnet ein Privatauto des Innenministers geklaut wurde. Wir haben in der Vergangenheit immer wieder auf das Sicherheitsproblem an den Grenzen des Freistaats aufmerksam gemacht und entsprechende Initiativen ins Parlament eingebracht, die von den anderen Parteien abgelehnt wurden. Inzwischen reagieren diese immerhin mit zaghaften Vorstößen zur Verbesserung der Situation. Selbst die Linke, die jahrelang das Thema verschlafen hatte, ist inzwischen auf diesen Zug aufgesprungen. Ohne den von uns aufgebauten Druck wäre es dazu sicher nicht gekommen.“



Holger Apfel,
Fraktionsvorsitzender

Vor wenigen Wochen berichtete die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ unter der Überschrift „Ausländer rein!“ von den aktuellen Plänen des Innenministeriums, den – nach Meinung des etablierten Parteienkartells – viel zu geringen Ausländeranteil in Sachsen unter fadenscheinigen Gründen nach oben zu schrauben.

Geht es nach Sachsens Innenminister Markus Ulbig von der CDU, sollen Ausländer nämlich künftig verstärkt mit Geld und zahlreichen Vergünstigungen in den Freistaat gelockt werden. Zudem setzt sich Ulbig für eine massive Lockerung des Aufenthaltsrechts und Erleichterungen bei den Arbeitserlaubnisregelungen ein. Dies alles unter dem Vorwand des – von der politischen Klasse selbst verantworteten – demographischen Wandels, der zu einem

Arbeit für Sachsen statt Zuwanderung

akuten „Fachkräftemangel“ geführt habe. Daß es sich bei den meisten Zuwanderern jedoch nicht um qualifizierte Fachkräfte, sondern um miserabel ausgebildete und arbeitsunwillige Kostgänger handelt, die dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche liegen, hat sich noch nicht bis zu den hohen Herren in ihren politischen Elfenbeintürmen herumgesprochen.

Mit seinen Vorstellungen steht der Innenminister in der CDU nicht alleine da. Mittlerweile versuchen die sogenannten „Christdemokraten“ nämlich, die SPD, die Grünen und die Linkspartei in Sachen Ausländerpolitik weit links zu überholen und geben sich betont „multikulturell“. Statt für ausreichend und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze oder Studienangebote zu sorgen, streicht die unionsgeführte Staatsregierung im Bildungsbereich ohne Sinn und Verstand alles zusammen. Statt der Bevölkerungsentwicklung mit einer ausgewogenen und sozialen Familienpolitik zu begegnen, wird das Geld für unnütze Randgruppenförderung zum Fenster rausgeschmissen. Die so entstandenen Lücken sollen letztlich mit Fremden

aus aller Herren Länder gefüllt werden, die keinerlei Bezug zu unserem Land, zu unserer Kultur und zu unseren Werten haben.

In Hamburg, München, Frankfurt und anderen Großstädten im Westen kann man sehen, wohin das alles führt. Gettoisierung, Jugendgewalt, Kriminalität und eine schleichende Unterwanderung durch den Islam sind die Folgen einer solch verfehlten Ausländerpolitik. In ihrem kürzlich erschienenen Buch „Das Ende der Geduld“ beschreibt die auf tragische Weise aus dem Leben geschiedene Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig, wie westdeutsche Städte der Überfremdung anheimfallen. Sie schreibt: „Eine Familie, Vater, Mutter, 10 bis 15 Kinder, wandert aus dem Libanon zu. Einige Kinder werden noch in der Heimat geboren, andere in Deutschland. Bevor die Mütter das letzte Kind gebären, haben sie bereits Enkelkinder. Deshalb vergrößert sich der Clan in atemberaubender Geschwindigkeit. Man bezieht staatliche Transferleistungen und Kindergeld.“ Aus solchen zugewanderten Großfamilien erwachsen, so

Heisig, letztlich Strukturen, die nach innen wie außen kriminell sind und nur noch nach ihren eigenen Gesetzen leben.

Dazu sagen wir Nationaldemokraten klar und deutlich NEIN! Stattdessen fordert die NPD-Fraktion:

- Kriminelle Ausländer, abgelehnte Asylbewerber und von deutschen Sozialleistungen lebende Ausländer sind unverzüglich in ihre Heimatländer abzuschieben. Es darf keine Duldung von Fremden geben, die unsere Sicherheit gefährden oder unseren Sozialstaat ausnutzen.
- Statt weitere Zuwanderer anzuwerben und nach Sachsen zu locken, hat die Politik die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß hier im Land genügend Ausbildungsplätze für Einheimische entstehen. Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben, damit die sozialen Voraussetzungen zur Familiengründung gegeben sind. Nur so kann es auch in der Bevölkerungsentwicklung wieder aufwärts gehen.

■ Der Bildung von Parallelgesellschaften ist durch konsequente Zerschlagung von kriminellen Strukturen, äußerste Härte gegen ausländische Intensivstrafäter und eine konsequente Eindämmung der Ausbreitung des Islam zu begegnen. Wir brauchen in Sachsen weder Moscheen mit Minaretten noch türkische „Kulturzentren“, sondern Kindergärten, Schulen und Jugendtreffs für unsere eigenen Landsleute.

In Sachsen dürfen nicht die Fehler wiederholt werden, die man in Westdeutschland jahrzehntelang gemacht hat. Wir fordern daher – im Gegensatz zu allen anderen Parteien – eine Trendwende in der Ausländerpolitik zum Wohle der Deutschen und keine weitere Zuwanderung, die dieses schöne Land Sachsen letztlich ins Unglück stürzen wird.

Open Source statt Microsoft!

Frei zugängliche und lizenzfreie Software ist für öffentliche Verwaltungen eine qualitativ hochwertige und kostensparende Alternative zu den Produkten des Monopolisten Microsoft. Schon vor sechs Jahren wies der Sächsische Rechnungshof darauf hin, daß durch eine Umstellung auf solche Open-Source-Software für den Freistaat Sachsen etwa 10 Millionen Euro an Lizenzkosten einzusparen wären. Bisher geschehen ist – nichts! Um den Steuerzahler zu entlasten, unterstützt die NPD-Fraktion alle Initiativen, die darauf abzielen, die teuren Microsoft-Produkte in der sächsischen Landesverwaltung durch Open-Source-Software zu ersetzen. Gleichzeitig würde dies auch zu einer Erhöhung der informationstechnischen Kompetenz und zur Stärkung

des IT-Fachgewerbes beitragen. Die NPD stellte hierzu schon frühzeitig eine Anfrage, in der unter anderem der wirtschaftspolitische Effekt, der sich aus der Verwendung von eingesparten Lizenzkosten zur Finanzierung von EDV-Dienstleistungen ergibt, in Erfahrung gebracht werden sollte. Heimische Systemhäuser, Freiberufler, Computerläden und andere Unternehmen im IT-Bereich würden von einer solchen Maßnahme schließlich in einem nicht unerheblichen Maße profitieren. Die Staatsregierung bügelte die Argumente unter Hinweis auf eine dubiose Untersuchung ab, die nur als Gefälligkeitsgutachten im Sinne des Monopolisten Microsoft bezeichnet werden kann. Leider hat die Sächsische Staatsregierung bis heute keinen blassen Schimmer von den

technologie- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen ihrer Verweigerungshaltung in Sachen Open Source. Gerade die informationstechnische Kompetenzsteigerung ist doch in Sachsen eines der wichtigsten bildungs- und wirtschaftspolitischen Ziele überhaupt! Die Stadt München hat die Umstellung auf Open Source schon weitgehend vollzogen und damit nur die besten Erfahrungen gemacht. Die Staatsregierung kämpft hingegen immer noch vergeblich für den Erhalt der Monopolstellung der US-Firma Microsoft. Wieder einmal zeigt sich: Die Politik läßt sich bereitwillig am Gängelband der Großkonzerne führen, statt neue Wege zu gehen, um die Bürger finanziell zu entlasten und gleichzeitig zukunftsorientierte Technologien zu fördern.

17. Juni 1953

Damals wie heute:

Alle Macht dem Volke

Kaum ein Tag in der deutschen Geschichte steht so sehr für nationale Einheit, Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit wie der 17. Juni 1953, der Tag des mitteldeutschen Volksaufstandes gegen das SED-Regime und die sowjetische Besatzungsmacht. Nicht nur Ost-Berlin, sondern auch die sächsischen Städte Leipzig, Dresden und Görlitz waren damals Schauplatz der dramatischen Geschehnisse.

Die NPD-Fraktion fordert daher, diesem herausragenden Datum den Status eines gesetzlichen Gedenktages zu verleihen. Weil der 17. Juni 1953 einer der Höhepunkte unserer Freiheitstradition ist, versuchen die Mächtigen auch heute wieder, diesen Tag in Vergessenheit geraten zu lassen. Der NPD-Abgeordnete Arne Schimmer stellt die Bedeutung Sachsens im Zuge des Volksaufstandes heraus: „Neben Ost-Berlin war der Aufstand in Sachsen besonders intensiv. In Görlitz gelang es den Aufständischen, der SED die Macht zu entreißen, wenn auch nur für wenige Stunden. Es kam zur Besetzung des Rathauses, der SED-Kreisleitung, der Stasi-Kreisdienststelle, weiterer öffentlicher Gebäude und zur Befreiung der politischen Gefangenen. Gegen 14.30 Uhr waren alle wichtigen Institutionen in der Hand der Aufständischen.“ Zur Gedenkkultur sagt Schimmer: „Heute stellen nationale Bürger die Hälfte der Teilnehmer



© Bildstelle Bonn

beim offiziellen Gedenken der Landeshauptstadt. Vor allem die SPD zeigt hingegen nur geringes Interesse. Das ist umso unverständlicher, als es auch mutige Sozialdemokraten waren, die am 17. Juni 1953 Widerstand gegen die rote Diktatur leisteten. Erinert sei hier an den Dresdner Streikführer Wilhelm Grotthaus. Leider ist von diesen Traditionen bei der heutigen SPD nicht viel übrig geblieben. Das zeigt wieder einmal, welch traurige Gestalten heute an der Spitze der einstigen Partei des großen deutschen Patrioten Kurt Schumacher stehen.“

Auch der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel sieht im 17. Juni einen Tag, der wie kein anderer in der 40-jährigen Geschichte der Teilung Deutschlands für den Kampf und den Glauben an die Einheit und Freiheit unseres Landes steht. Viele Forderungen von damals sind schließlich auch heute noch erstaunlich aktuell. Gansel hierzu: „Ich denke dabei vor

allem an die sozialen Forderungen. Hunderttausende Menschen in Sachsen beziehen Hartz IV oder gehen einer Arbeit nach, von der sie nicht leben können. Die Menschen auf der Straße sind unzufrieden mit der Regierung, die sich als Sozialamt der gesamten Welt versteht und Geld für jede noch so kleine Randgruppe übrig hat, aber für die Masse des deutschen Volkes die staatliche Fürsorge auf ein Minimum reduziert. Die Zeit ist reif für Veränderung. Darum heißt es damals wie heute: Alle Macht dem Volke!“

Um die Helden des 17. Juni 1953 angemessen zu würdigen, beteiligten sich die Abgeordneten der NPD-Fraktion in diesem Jahr nicht nur am offiziellen Gedenken der Stadt Dresden, sondern auch an einer Demonstration des patriotischen „Arbeitskreises 17. Juni“, der von NPD, Jungen Nationaldemokraten (JN) und freien Kräften gebildet wurde, um an den Volksaufstand zu erinnern.



Eitler Minister: Während Fraktionschef Holger Apfel am selben Tag vom CDU-Landtagspräsidenten Rößler willkürlich von einer Sitzung ausgeschlossen wurde, drängelte sich der Chef der Staatskanzlei, Dr. Johannes Beermann (siehe roter Kreis), mit auf dieses Bild. Es zeigt eine Gruppe von Gästen aus dem Erzgebirge, die auf Einladung der NPD den Landtag besuchte. Mit dabei ist auch Apfels persönlicher Referent Mario Löffler. Im kleinen Bild: Der Fotograf, Rico Hentschel vom NPD-KV Erzgebirge, dem wir den Schnappschuß zu verdanken haben.

Landesgesundheitsamt einführen

In der anhaltenden Diskussion um das unlängst verabschiedete Gesetz zur Förderung der Teilnahme von Kindern an Früherkennungsuntersuchungen und der damit einhergehenden Aufgabenwahrnehmung der melderechtlichen Datenerhebung durch die Kassenärztliche Vereinigung fordert die NPD-Fraktion die Schaffung eines Landesgesundheitsamtes in Sachsen. Damit wollen die Nationaldemokraten die Problematik der Datenvergabe an eine nicht-staatliche Institution, wie sie in dem verabschiedeten Gesetz der Fall ist, ausschließen. Ähnliche Gesundheitsverwaltungsstrukturen gibt es schon jetzt in Niedersachsen, Bayern oder auch Mecklenburg-Vorpommern. Der stellvertretende NPD-Fraktionsvorsitzende und Arzt Dr. Johannes Müller erklärt die Vorzüge einer solchen Einrichtung folgendermaßen: „Man sollte die unteren Behörden entlasten, indem beispielsweise für die Aufgaben des allgemeinen Gesundheitsdienstes und des Lebensmittelschutzes eine dem Ministerium für Soziales und Verbraucherschutz nachrangig zugeordnete obere Landesbehörde errichtet wird. Bei einem solchen Landesgesundheitsamt könnten Behördenleitung und allgemeine Verwaltung für den öffentlichen Gesundheitssektor

zentral zusammengefaßt werden. Bei gleichzeitiger Verschlinkung oder gar Auflösung der bestehenden Landesdirektionen und Übertragung von Kernaufgaben auf solche Landesbehörden können Personal und Kosten eingespart werden, nicht zuletzt durch die Synergieeffekte. Ganz nebenbei wird damit das Problem gelöst, daß die sachlich und verfassungsrechtlich für den Datenabgleich in der Früherkennungsüberwachung nicht zuständige Kassenärztliche Vereinigung Sachsen von dieser Aufgabe entbunden und eine verfassungsrechtlich einwandfreie und datenschutzrechtlich unbedenkliche Regelung getroffen wird. Bestimmte Aufgaben gehören unter zentrale staatliche Kontrolle und müssen mit starker Hand umgesetzt oder überwacht werden. Dazu gehört die Durchführung von Früherkennungsuntersuchungen ebenso wie beispielsweise der Seuchenschutz, die Aus- und Fortbildungsförderung für Ärzte, die gezielte Förderung der wissenschaftlichen Entwicklung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Medizin, die Unterrichtung und Aufklärung der Bevölkerung in Gesundheitsfragen, die Arzneimittelüberwachung und auch veterinärmedizinische oder lebensmittelrechtliche Maßnahmen.“



Keinen C€NT für Griechenland



„Wir sind nicht der Geldesel der EU“

Milliarden Euro be-
lohnt wird. Und das,
obwohl der Lissabon-
Vertrag ausdrücklich
verboten, daß die EU

Schimmer, die katastrophale Füllhornpolitik der Regierung als „Verrat am nationalen Interesse Deutschlands“ an. Schimmer erklärte: „Durch den Putsch von Brüssel und die Verabschiedung des Euro-Rettungsschirms werden die Deutschen zukünftig noch stärker als bisher geschädigt. Das Stabilitätssprechen, mit dem Kohl und Waigel die Deutschen zur Aufgabe der D-Mark überredeten, soll nun endgültig gebrochen werden. Die Währungsunion ist nicht nur über

nur für die NPD, sondern für alle noch klar denkenden Deutschen steht fest: Der sogenannte Euro-Rettungsschirm verstößt gegen geltende verfassungsrechtliche Vorgaben und ist ein weiterer großer Schritt im Prozeß der Ausplünderung des deutschen Steuerzahlers im Namen der sogenannten europäischen Integration. Das hastige Durchpeitschen dieses Rettungsschirms mit Hilfe von Ermächtigungsgesetzen wird nur Unglück über die Deutschen und Europa bringen.“

Nacht zur Transferrunion umgemodelt worden, die EZB wird zukünftig auch wertlose Staatsanleihen aufkaufen und damit Staatsdefizite direkt finanzieren.“

Allerdings zeige ein Blick in die Geschichte, so der NPD-Abgeordnete, „daß direkte Staatsfinanzierung immer eine Hauptursache für Inflation war“. Die politischen „Eliten“ Deutschlands wüthen gegen ihr eigenes Volk wie eine Bürgerkriegspartei, um auch noch den letzten Cent an Tributzahlungen aus ihnen herauszupressen. Abschließend warnte Schimmer in deutlichen Worten: „Nicht

Jeder, der schon einmal einen Versicherungsantrag ausgefüllt hat, kennt den Text der Belehrung, der auf jedem Formular steht: „Wenn bei Abschluß eines Vertrages wissentlich oder unwissentlich falsche Angaben gemacht werden, ist der Vertrag nichtig.“ Das bedeutet im Klartext: Wer eine Versicherungsgesellschaft beschummelt, verliert den Versicherungsschutz und steht im Schadensfall ohne Absicherung da.

oder ein EU-Mitgliedsstaat für die finanziellen Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedsstaates haftet.

Die Hauptlast trägt dabei wieder einmal der Geldesel dieser EU, nämlich Deutschland. Wir sollen für Griechenland und andere Pleitestaaten bis zu 170 Milliarden Euro locker machen – wohl wissend, daß wir dieses Geld nie wiedersehen werden. Die Zocker und Absahner der US-Konzerne, Hedgefonds und Rating-Agenturen, die im Euro eine Konkurrenz zum US-Dollar als Leitwährung sehen und gezielt gegen die kranke griechische Volkswirtschaft „gewettet“ haben, läßt man hingegen ungeschoren, auf daß sie wohlgerumt die nächste Spekulationsblase aufpusten können.

In einer Erwidrerung auf die Regierungserklärung Ministerpräsident Tillich's zur Zustimmung Sachsens zum „Euro-Rettungspaket“ prangerte der Diplom-Ökonom und haushaltspolitische Sprecher der NPD-Fraktion, Arne

Leider kennt die EU eine solche Klausel nicht, denn sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß sich Griechenland erst mit getürkten – oder besser: „gegriechelten“ – Bilanzen den Zutritt zur Euro-Gemeinschaft erschleicht und für dieses ebenso rücksichtslos wie verantwortungslos Verhalten nun, wo der Pleitegeier über der Akropolis kreist, auch noch mit einem großen Anteil am sogenannten „Rettungsschirm“ von satten 750

Pleite-Griechen seit über 2000 Jahren

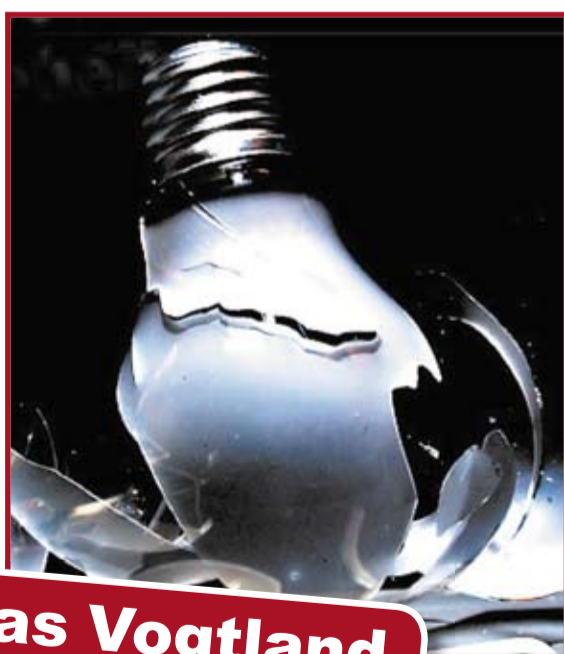
Neu ist die griechische Pleite nicht. Den ersten dokumentierten Staatsbankrott der Hellenen gab es im vierten Jahrhundert vor Christus: Damals waren die griechischen Stadtstaaten unfähig, Gelder, die ihnen ein Tempel geliehen hatte, zurückzuzahlen. Seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1829 mußte das Land fünfmal Zahlungsunfähigkeit anmelden. Insgesamt verbrachte Griechenland die Hälfte seiner Existenz im Bankrott.

Bei NARVA, NEMA und NEOPLAN dürfen die Lichter nicht ausgehen

Seit einigen Monaten wird von Arbeitnehmerverbänden im Vogtlandkreis eindringlich auf den drastischen Arbeitsplatzabbau im Landkreis hingewiesen, vor allem im produzierenden Gewerbe. So sind allein zwischen September 2008 und Juni 2009 3.400 Arbeitsplätze im Arbeitsagenturbezirk Plauen verloren gegangen. Im laufenden Jahr wird der Verlust von weiteren 2.000 Arbeitsplätzen in der Region befürchtet. Viele fragen sich, ob im Vogtland die Lichter bald ganz ausgehen, denn in letzter Zeit häufen sich die schlechten Nachrichten in dramatischer Weise. Beispiele hierfür sind die Schließung von Enka in Elsterberg (380 verlorene Arbeitsplätze), die Schließung von Nema in Netzschkau (200 verlorene Arbeitsplätze) sowie die angekündigte Verlagerung des Neoplan- und des Narva-Werkes von Plauen nach Polen (340 unmittelbar bedrohte Arbeitsplätze).

Die NPD-Fraktion fordert daher direkte wirtschaftspolitische Unterstützungsmaßnahmen für die akut bedroh-

ten Betriebe und darüber hinaus ein Aktionsprogramm zum Erhalt der Industrie im Vogtland insgesamt. Insbesondere der Arbeitsplatzverlagerung ins benachbarte Polen muß mit aller Kraft entgegengetreten werden! Für den wirtschaftspolitischen Sprecher der NPD-Fraktion, Alexander Delle, ist ein Umdenken nötig denn je: „Wir fordern das Wirtschaftsministerium erstens dazu auf, in Zusammenarbeit mit dem Landkreis und den regionalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden eine Bestandsaufnahme über die Standortsicherheit in der Region durchzuführen. Und zweitens fordern wir, auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme ein Aktionsprogramm zu entwickeln und



Das Vogtland muß leben!

umzusetzen. Hierfür bedarf es nicht zuletzt einer hohen, auch branchenspezifischen Kompetenz bei den zuständigen Mitarbeitern im Ministerium, zum Beispiel durch

die Einrichtung von zusätzlichen Fachreferaten.“ Die vergangene und zukünftig drohende Arbeitsplatzvernichtung in der Region zeigt eines ganz deutlich: Es geht jetzt um das ganze Vogtland! Die Frage stellt sich, ob es dort künftig nur noch Altenheime und vielleicht ein wenig Tourismus geben wird, oder ob die unverzichtbaren Industriearbeitsplätze erhalten bleiben, die das Gesicht der Region in den vergan-

genen 200 Jahren geprägt haben.

Der Kahlschlag an der sächsischen Industrie hat gezeigt, welche gravierenden Veränderungen einsetzen, wenn ganze Regionen deindustrialisiert werden. Eine Fortsetzung dieser Entwicklung muß um jeden Preis verhindert werden.

Bauernopfer für Europa

Auch beim Diebstahl landwirtschaftlicher Maschinen gibt es im Grenzgebiet zu Polen und Tschechien mittlerweile einen starken Anstieg. So war zu lesen, daß das Landeskriminalamt (LKA) hier für das vergangene Jahr einen Gesamt Schaden von knapp 1,18 Millionen Euro meldete. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres erreichte der Schaden bereits 602.800 Euro und weist damit eine steigende Tendenz auf.

Den osteuropäischen Banden gelingt es mittlerweile, neun von zehn gestohlenen Großgeräten erfolgreich über die Grenze zu bringen. Sogar polnische Medien bestätigen, daß fast jedes dritte landwirtschaftliche Gerät in Polen aus einem Diebstahl in Deutschland stammt. Für die agrarpolitische Sprecherin der NPD-Fraktion, Gitta Schüller, ein unhaltbarer Zustand: „Für die erhöhte Kriminalität sind die Erweiterung des Schengener Abkommens auf die Grenzen zu Polen und Tschechien sowie der Abzug der Bundespolizei von diesen Grenzen verantwortlich. Warnungen wurden von europä-

besoffenen Politikern beiseite gewischt.

In Sonntagsreden wurden Kritiker abqualifiziert und Freudenfeste an Grenzübergängen veranstaltet. Man verwies auf einen angeblichen Rückgang oder eine „gefühlte“ Grenzkriminalität. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Sicherheitskonferenzen und hohle Sprüche überforderter Politiker liefern ganz gewiß nicht die Antwort auf die Fragen der Zeit. Man kann keinem der Betroffenen, Bürger oder Bauern, verübeln, wenn in diesen schweren Zeiten über Mittel der Selbsthilfe nachgedacht oder vielleicht auch dementsprechend gehandelt wird. Die Landwirte werden im wahrsten Sinne des Wortes zu Bauernopfern.“



Gitta Schüller, MdB

Taten statt Worte Protest der sächsischen NPD-Fraktion

Um ein Zeichen gegen die Sparbeschlüsse der schwarz-gelben Koalition zu setzen, zeigte die NPD-Fraktion kürzlich im wortwörtlichen Sinne Flagge. Parallel zu einer Protestveranstaltung verschiedener Gewerkschaften und anderer Organisationen ließ sie aus den Fenstern der Fraktionsräume ein Transparent mit dem Schriftzug „Sozialräuber stoppen“ hängen. Damit reagierten die Nationaldemokraten auf die Nichteinladung eines Fraktionsvertreters durch die Demonstrationsveranstalter zu einem gemeinsamen Auftritt von Landtagsabgeordneten.

Die Aktion der NPD war für die Polizei Anlaß genug, um in Rambo-Manier in mehrere Büros der Fraktion einzudringen, darunter auch die Arbeitsräume der beiden Abgeordneten Dr. Johannes Müller und Winfried Petzold – und das, obwohl die Ordnungskräfte auf den durch das Mandat besonders geschützten Status der Parlamentarier ausdrücklich hingewiesen wurden. Der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel erklärte dazu: „Wir Na-

tionaldemokraten haben uns seit unserem erstmaligen Landtagseinzug 2004 immer wieder deutlich gegen den Sozialabbau der jeweils herrschenden Parteien ausgesprochen und die asoziale Hartz-IV-Politik bekämpft. Um zu zeigen, daß wir die Sparpläne von CDU und FDP konsequent ablehnen und um zugleich ein Zeichen gegen die Ausgrenzung einer demokratisch legitimen politischen Kraft zu setzen, haben wir das Transparent am Landtag angebracht. Den eng mit der SPD verwobenen Gewerkschaftsbonzen war unsere Aktion offensichtlich ein Dorn im Auge. Völlig blank lagen auch die Nerven bei der Landtagsverwaltung.

Der Sicherheitsbeauftragte ließ ohne Vorlage einer Zustimmung des Präsidenten mehrere Büros durch die Polizei stürmen. Besonders dreist ist es, daß bei der Durchsuchung der Abgeordnetenbüros nicht einmal Fraktionsmitarbeiter als Zeugen dabei sein durften. Deshalb haben wir Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs gegen die Verantwortlichen gestellt.“



Sächsisch-israelische Partnerschaft beenden

„Schurkenstaat“-Debatte: Blockparteien außer Rand und Band

Anlässlich der Nahost-Reise Ministerpräsident Tillich trotz des Überfalls der israelischen Marine auf einen Schiffskonvoi mit Hilfsgütern für den abgeriegelten Gaza-Streifen, setzte die NPD-Fraktion eine Aktuelle Debatte mit dem Titel „Keine Zusammenarbeit mit ‚Schurkenstaaten‘ – Sächsisch-israelische Partnerschaft beenden“ auf die Tagesordnung.

Allein der Titel der Debatte ließ die Etablierten vorab schon außer Rand und Band geraten, denn erstmals in der Geschichte des Sächsischen Landtags fühlte sich das Präsidium dazu berufen, vorab eine Distanzierungs- und Verleumdungserklärung zu veröffentlichen. Von CDU bis Linkspartei stellte man sich treu an die Seite Israels, ohne dessen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen auch nur mit einer Silbe zu erwähnen.

Die Situation im Plenum war also äußerst angespannt, als Fraktionschef Holger Apfel ans Rednerpult trat, um der NPD-Forderung nach einem Einfrieren der sächsisch-israelischen Beziehungen Nachdruck zu verleihen. Dann ging es Schlag auf Schlag: Nach mehreren Ordnungsrufen wurde Apfel schließlich für die Bemerkung, die politische Klasse der Bundesrepublik würde sich „vor der Israel-Lobby



und der blühenden Holocaust-Industrie abducken“, des Saales verwiesen und danach bis Dezember von allen Sitzungen ausgeschlossen. Bereits unmittelbar nach der Bekanntgabe der Entscheidung kündigte Holger Apfel eine Klage vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof an. Apfel hierzu: „Ich klage gegen diesen überzogenen Beschluß, werde aber nun meine ohnehin geplante Sommertour noch in den Herbst hinein verlängern und jeweils an den Sitzungstagen des Landtages statt im Parlament auf den Marktplätzen Sachsens sprechen. Der Kontakt mit den Bürgern ist mir ohnehin viel lieber, als vor den Scheindemokraten der Blockparteien im Landtag Reden zu halten.“

Im weiteren Verlauf der hitzigen Israel-Debatte ver-

wies der NPD-Abgeordnete Andreas Storr darauf, daß Israel in den letzten Jahrzehnten 220 UNO-Resolutionen ignoriert habe, ohne daß dies zu Sanktionen führte. Als Storr dann einen Vergleich zwischen dem historischen Nationalsozialismus und der heutigen aggressiven Außenpolitik Israels ziehen wollte, erteilte ihm Landtagspräsident Rößler ebenfalls einen Ordnungsruf. Abschließend stellte Storr noch einmal klar, daß es weder für Deutsche noch für Juden einen Kollektivschuldvorwurf geben dürfe. Die Debatte wende sich ausschließlich gegen die israelischen Menschen- und Völkerrechtsverletzungen, auf keinen Fall jedoch gegen das Judentum insgesamt.

Der NPD-Abgeordnete Jürgen Gansel stellte in sei-

nem Redebeitrag die militärische und finanzielle Unterstützung Israels durch die deutschen Bundesregierungen in den Mittelpunkt. Gansel hierzu: „Auf Druck der USA hat die Bundesrepublik in den letzten Jahren Israel mit modernster Waffentechnik ausgerüstet und dafür verrückterweise auch noch einen Großteil der Kosten übernommen.“ In den Jahren 1999 und 2000 seien drei hochmoderne deutsche U-Boote vom Typ Dolphin an Israel verschenkt worden. Kostenpunkt für den deutschen Steuerzahler: umgerechnet 560 Millionen Euro. Nun sollen den Israelis auch noch zwei weitere deutsche Hochtechnologie-U-Boote geschenkt werden. „Für Israel gibt es teure Waffengeschenke und für die Deutschen Sparpakete und Sozialraub“, so der NPD-Volksvertreter abschließend.

Bei seinem Besuch in Tel Aviv verlor Tillich übrigens kein Wort über die Kriegsverbrechen Israels und den Überfall der israelischen Marine auf den Gaza-Hilfskonvoi in internationalen Gewässern. Wesentlich mehr Courage hatte da der türkische Ministerpräsident Erdoğan. Der verurteilte die völkerrechtswidrige Militäraktion der Israelis nämlich vollkommen korrekt als einen „Akt der Piraterie“ und ein „Verbrechen an unschuldigen Zivilisten“.

Alle Sitzungen des Landtags mit den Reden unserer Abgeordneten werden live im Internet unter www.landtag.sachsen.de (Menüpunkt „Aktuelles“) und auf MDR 1 Radio Sachsen über die Mittelwellenfrequenz 1044 kHz (Dresden-Wilsdruff) übertragen.

Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930

V.i.S.d.P.: Holger Apfel,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Diese Veröffentlichung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

INFO-GUTSCHEIN

Vorname	
Name	
Straße/Haus-Nr.	
PLZ/Ort	
Telefon	
ePost	
Beruf	Alter

Bitte schicken Sie mir kostenlos

- ein Informationspaket
- regelmäßig die Fraktionszeitung „Klartext“
- die DVD „Islamisierung stoppen!“
- die DVD „Versammlungsfreiheit“
- die Info-Broschüre „Deutsche Zukunft statt Volkstod“
- das Faltblatt „D-Mark statt Euro“
- das Faltblatt „Die Hartz-IV-Behörde verklagen“
- das Faltblatt „17. Juni 1953“

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930

K25

„Aus der Mitte des Volkes!“

NPD-Fraktion lud zum Sommerfest ins Muldental ein

Bei bestem Wetter und mindestens ebenso guter Laune feierte die NPD-Fraktion auch in diesem Jahr mit rund 250 Gästen ihr traditionelles Sommerfest am Rande der idyllischen Stadt Mutzschen. Für die musikalische Unterhaltung sorgten dabei die „Mühlbacher Buam“, die das Publikum mit volkstümlicher Musik und deutschen Schlagern unterhielten, sowie der Liedermacher Jörg Hähnel und das Liedermacher-Duo „Bock auf Freiheit“ aus München. Mit Bier- und Bratwurstständen war natürlich auch für das leibliche Wohl gesorgt. Die Kinder konnten sich an einer Hüpfburg erfreuen, sich im Bogenschießen üben oder sich die freudigen Gesichter schminken lassen. Für Jung und Alt, für Groß und Klein wurde an diesem Tag also einiges geboten. Auch das Politische sollte nicht zu kurz kommen. In verschiedenen Redebeiträgen sprachen der Ehrenvorsitzende der sächsischen NPD und Landtagsabgeordnete Winfried Petzold, der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel, der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt, der Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN) Michael Schäfer und der Kandidat der nationalen

Rechten zur Bundespräsidentenwahl Frank Rennicke die brennenden Fragen unserer Zeit aus nationaldemokratischer Sicht an. Daß die NPD in Sachsen längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist, bewies nicht zuletzt auch die Teil-

nahme vieler junger Familien mit Kindern am Sommerfest. Zudem war unter den Besuchern nicht nur jede Generation, sondern auch nahezu jeder Berufsstand vertreten. Ärzte, Rechtsanwälte, Handwerksmeister, Geschäftleute, Arbeiter und Erwerbslose,

NPD-Mitglieder und Interessenten, Angehörige Freier Kameradschaften und Mitglieder anderer nationaler Parteien und Gruppierungen erlebten gemeinsam einen ereignis- und erlebnisreichen Tag im Kreise von Gleichsinnigen.

